

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 18

Artikel: Menschenrechtsverletzungen beim Namen nennen : was ist von der KSZE-Folgekonferenz zu erwarten?
Autor: Lamm, Edgar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093931>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was ist von der KSZE-Folgekonferenz zu erwarten?

Menschenrechtsverletzungen beim Namen nennen

EDGAR LAMM, Aachen

Am 11. November 1980 — eine Woche nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen — wird in Madrid die zweite Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beginnen. Vorausgehen wird im September eine Vorbereitungskonferenz, der im wesentlichen die Festsetzung der Tagesordnung obliegt. So wurde es bei der ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad (Oktober 1977 bis März 1978) vereinbart. Zwei Fragen sind zu stellen: 1. Was hat die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlussakte der KSZE konkret für die Menschen in den kommunistischen Teilnehmerstaaten gebracht? 2. Welche Chancen und Möglichkeiten eröffnet die Konferenz in Madrid?

Was die erste Frage betrifft, so lässt sich leider keine positive Bilanz ziehen. Die Verletzungen der Menschenrechte in den osteuropäischen Staaten haben in dieser Zeit eher noch zugenommen. Die innerdeutsche Grenze wurde weiter verbarrikiert und mit Todesautomaten ausgestattet.

Hunderttausenden von Deutschen in Mitteldeutschland, Ostdeutschland, Rumänien, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei wird die Ausreise verweigert.

Anhänger der Charta 77 in der Tschechoslowakei und der Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion werden verfolgt und inhaftiert.

Das Recht auf freie Ausübung der Religion und auf die religiöse Erziehung der Kinder wurde insbesondere in der Tschechoslowakei, die hier gemeinsam mit der Sowjetunion den Negativrekord hält, noch weiter eingeschränkt und aufs Größte verletzt.

Die Sowjetunion fand sogar zu früheren zweifelhaften Praktiken zurück und entführte im Oktober 1979 den litauischen Kanusportler Cesiunas aus der Bundesrepublik Deutschland.

Im August 1979 trat in der «DDR» ein erheblich verschärftes Strafgesetzbuch in Kraft. Es gilt auch für Ausländer, die sich ausserhalb (!) der «DDR» kritisch über das dortige Regime äussern!

Dies sind nur einige Schlaglichter, die belegen, dass sich die Situation der Menschenrechte in den kommunistischen Staaten seit Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte zumindest nicht verbessert hat. Dennoch hat die KSZE etwas Positives bewirkt: sie hat zu einer grösseren Oef-

fentlichkeit der Menschenrechtsdiskussion geführt. Die Schlussakte — obwohl keinesfalls das erste die Menschenrechte beinhaltende völkerrechtliche Dokument — ist in den Händen der osteuropäischen Bürgerrechtsbewegungen zu einem gewichtigen Instrument im Kampf um die Menschenrechte geworden. Und noch etwas hat dieses Dokument bewirkt: Das längst überholte östliche Argument, wonach das Eintreten für die Menschenrechte eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder darstelle, wird bei uns nicht mehr bedenkenlos nachgeplappert. Schon in Belgrad wurde von allen westlichen Diplomaten versichert, dass dieser Standpunkt spätestens seit Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Zu Recht! Schliesslich beschreibt die Schlussakte in ihrem Prinzipienkatalog Ziffer VI dankenswerterweise, was unter Einmischung zu verstehen ist: Bewaffnete Intervention oder die Androhung einer solchen; militärische wie auch politische, wirtschaftliche oder sonstige Zwangsmassnahmen; direkte oder indirekte Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten, die auf den gewaltsamen Umsturz gerichtet sind. Dass das Eintreten für die Menschenrechte eine derartige Einmischung sei, ist dort nicht zu lesen.

Wer gefährdet die «Entspannung»?

Was ist nun von der Madrider Konferenz zu erwarten? Es bedarf keiner grossen Phantasie, die Strategie der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten zu errahnen. Wie schon in Belgrad wird sie versuchen, jegliche Diskussion über

humanitäre Angelegenheiten (Korb III) zu vermeiden. Gelingt ihr dies nicht, so wird sie nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung» dicke Krokodilstränen über die Situation der Neger in den USA, über die Ausbeutung der Gastarbeiter in Westeuropa und über die «Berufsverbote» in der Bundesrepublik Deutschland vergiessen. Ansonsten wird die Sowjetunion hauptsächlich über Sicherheit und Abrüstung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und wissenschaftlich-technische Kooperation sprechen. Den Nachrüstungsbeschluss der NATO vom Dezember vorigen Jahres wird sie wie eine Fahne vor sich her tragen.

Demgegenüber wird in westlichen Regierungskreisen übereinstimmend betont, dass alle Bestimmungen der KSZE-Schlussakte gleichgewichtig seien. Es kommt also darauf an, einer Verschiebung der Gewichte im Sinne der sowjetischen Zielvorstellungen entgegenzuwirken. Obwohl Fragen der Sicherheit und Abrüstung («vertrauensbildende Massnahmen») Bestandteil der Schlussakte sind und obwohl dieses Thema im Lichte Afghanistans von grösster Bedeutung ist, kann die KSZE nicht in eine Abrüstungskonferenz umfunktioniert werden. Dieses Thema ist den MBFR-Verhandlungen in Wien und den SALT-Gesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion vorbehalten.

Bestrebungen, die Diskussion über Menschenrechte in Madrid nicht «ausufern» zu lassen, werden jedoch bald auch auf unserer Seite des Eisernen Vorhangs sichtbar werden. Genau wie vor der Belgrader Konferenz wird auch diesmal mit erhobenem Zeigefinger davor gewarnt werden, in Madrid ein «Tribunal» zu veranstalten, jemanden auf die «Anklagebank» zu setzen, die Menschenrechte «zum Schlagstock des Westens gegen die Sowjetunion» zu machen. Es wird erneut das Argument auftauchen, dass dies die «Entspannung» störe. So ist das: wer auf der strikten Einhaltung der Spannungsdokumente besteht, stört die Entspannung, nicht etwa diejenigen, die diese Dokumente tagtäglich verletzen. Wie sagte schon der polnische Schriftsteller Tadeusz Nowakowski: «Nicht die Wodka-Trinker gefährden den Strassenverkehr. Nein, die Abstinenzler sind es, die jeden Verkehrsunfall verursachen.»

Die Madrider Konferenz eröffnet die Chance, die ungeteilte Verwirklichung der Menschenrechte einen Schritt voranzubringen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn in der angemessenen Deutlichkeit auf Verletzungen der KSZE-Schlussakte hingewiesen wird. Während die Vertreter der 35 Staaten in Madrid verhandeln, wird sich die Verbannung Andrej Sacharows nach Gorki zum erstenmal jähren. Der todkranke Anatolij Schtscharanski wird zweieinhalb Jahre

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

im verschärften Arbeitslager Perm 35 zugebracht haben. Für den Leningrader Wissenschaftler Igor Ogurzow, einen überzeugten Christen, wird das 14. Jahr im Kerker beginnen. Es würde völlig ausreichen, wenn die westlichen Delegierten in Madrid mit dem gleichen Mut bei der Verfechtung der Menschenrechte ausgestattet wären, wie diese drei Männer...

Weiterentwicklung der Schlussakte

Neben der Bilanzierung bereits bestehender KSZE-Vorschriften sollte im Rahmen der Folgekonferenz eine Weiterentwicklung der Schlussakte angestrebt werden. Folgende Forderungen müssen in die Diskussion einbezogen werden:

1. Errichtung einer Menschenrechtskommission und eines Menschenrechtsgerichtshofes für die KSZE-Staaten nach dem Vorbild der Europäischen Menschenrechtskommission bzw. eines Menschenrechtsausschusses nach dem Vorbild des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Hierbei muss die Möglichkeit der Einzelbeschwerde für jeden Bürger verankert werden.
2. Ernennung eines Hochkommissars für Menschenrechte im Bereich der KSZE-Staaten.

3. Annahme einer «Charta für humanitäre Hilfe», die jedem Bürger das Recht garantiert, humanitäre Hilfe zu leisten und zu empfangen.
4. Abschaffung der Todesstrafe in allen KSZE-Staaten.

Darüber hinaus sollten die Regierungen der westlichen KSZE-Staaten

1. einen detaillierten Bericht über bisherige Verletzungen der in Korb III der Schlussakte enthaltenen Bestimmungen erstellen;
2. eine Abteilung für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten in den Aussenministerien einrichten, wie dies in den USA der Fall ist;
3. Beauftragte für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten bei den Botschaften in den einschlägigen Staaten ernennen;
4. die Folgekonferenz in Madrid zumindest teilweise auf Aussenministerebene abhalten;
5. die Regierungen der kommunistischen Staaten auffordern, noch vor Beginn der KSZE-Vorbereitungskonferenz am 9. September 1980 eine Amnestie für alle Gewissensgefangenen zu verkünden.

schaft aufgegeben; im ganzen Land dürften es etwa 500 gewesen sein.

Es scheint, dass einzig die Muslim-Bruderschaft der verbreiteten Unzufriedenheit im syrischen Volk Ausdruck verleiht. Ihre Ursachen sind wirtschaftliche Schwierigkeiten, willkürliche Verhaftungen, Minderheitenprobleme, Günstlingswirtschaft und Korruption, Einschränkungen der Handelsfreiheit, extremistische Splittergruppen von links und rechts und das folgenschwere Patt in Libanon und in der Palästina-Frage. Verschärfte Sicherheitsmassnahmen tragen zur Unzufriedenheit bei.

Diese innenpolitisch angespannte Lage hat eine radikalere aussenpolitische Haltung Syriens verursacht. In der Presse wird zunehmend auf bevorstehende Entwicklungen in den syrisch-sowjetischen Beziehungen hingewiesen.

Im Juni hatte der syrische Aussenminister Abd al-Halim Khaddam bereits von der Notwendigkeit eines «qualitativen Wandels» der Beziehungen zu Moskau gesprochen. Seither erwartet man die Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion, die bisher am Widerstand von Präsident Assad gescheitert war. Die syrische Zeitung «Tischwin» schrieb am 1. August, dass es sich dabei «weder um ein Manöver noch um Propaganda oder um die Sicherung einer Verhandlungsposition handle, ... sondern um einen Entschluss, der wie alle wichtigen Entscheidungen von Präsident Assad ausgeführt würde».

Die syrisch-sowjetischen Beziehungen waren Gegenstand einer offenbar harten Diskussion im neuen Zentralkomitee der Baath-Partei am 24. Juli. Wenn Präsident Assad in den Beziehungen zur Sowjetunion noch Zurückhaltung bekundet, so dürfte der Grund in Reaktionen der arabischen Staaten liegen, die erwartungsgemäss ablehnend ausfallen würden und die arabische Einheit belasten müssten.

Aber auch innenpolitische Gründe stehen einer Vertiefung der Beziehungen zur Sowjetunion im Weg. Mehr als blosses Lippenbekenntnisse würden von breiten Volkskreisen abgelehnt. Die Muslim-Brüder haben mehrmals Attentate gegen Sowjetexperten in Syrien ausgeübt. Präsident Assad sieht sich wegen der Ermordung zahlreicher sowjetischer Bürger in Syrien — trotz den syrischen Schutzmassnahmen — in einer heiklen Lage. Am 23. Juli wurden in Aleppo zwei sowjetische Militärexperten ermordet und vier schwer verletzt. Daraufhin wurde das sowjetische Personal aus dem Norden nach dem sichereren Damaskus verlegt. Doch fielen am 5. August in der Hauptstadt vermutlich fünf weitere sowjetische Berater einem Anschlag zum Opfer.

Entgegen diesen Bedenken könnte sich Präsident Assad zur Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion gezwungen fühlen, just um die innen- und aussenpolitischen Schwierigkeiten zu meistern. Für die benötigte Unterstützung könnte er der sowjetischen Flotte Hafenerleichterungen einräumen. Es wird angenommen, dass der Besuch des Stabschefs der sowjetischen Marine, Admiral Jegorow, Anfang Juli der Diskussion um die Erweiterung der Bunkerrechte in den Häfen Tartous und Latakia diene. Die Anzahl der sowjetischen Militärberater ist auf rund 5000 angestiegen, wovon etwa 1000 zum Ausbau der Häfen eingesetzt werden.

Präsident Assad soll demnächst Moskau besuchen. Es ist möglich, dass dann der Freundschaftsvertrag vorbereitet, wenn nicht gar unterzeichnet wird.

SA.

Syrien zwischen Libyen und der Sowjetunion

Das Vereinigungsangebot, das Libyens Staatsoberhaupt Ghadhafi an Syrien gerichtet hat, wirft ein Schlaglicht auf zwei arabische Länder, die sich aus einer wachsenden Isolation zu lösen hoffen, die aber auch zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten gegenüberstehen.

Syriens Präsident Assad hat positiv reagiert. Zeichnet sich darum eine neue Konstellation im Nahen Osten ab? Solche Vereinigungsangebote sind nicht neu: Ghadhafi hat sie in verschiedenen Kombinationen an Aegypten, Syrien, den Sudan, Algerien, Tunesien und sogar Malta gerichtet. Sie sind Ausdruck von ungelösten Problemen, die man im Sprung nach vorn zu lösen hofft, und deshalb sind sie bisher gescheitert. Dem neuen Vorschlag ist keine bessere Prognose zu stellen.

Die Entfremdung Syriens von Irak, das sich seinerseits auf die Seite Saudi-Arabiens und Jordaniens schlägt, zwingt das Land eher dazu, Rückhalt bei der Sowjetunion statt bei Libyen zu suchen. Moskau kann Waffen liefern, Tripolis nur Petrodollars zur Verfügung stellen, wobei Ghadhafis Versprechen allemal weit grösser sind als seine Leistungen. Aber als Notlösung muss sich Assad die libysche Option wohl erhalten. Ausschlaggebend bleiben die näherliegenden Probleme mit Irak.

Der gefährliche Bruderzwist zwischen den beiden feindlichen Baath-Parteien der arabischen Welt brach am 18. August mit der Ausweisung des gesamten syrischen Botschaftspersonals aus Bagdad offen aus. Die irakische Regierung begründete diesen Schritt damit, dass Waffen und Spreng-

körper in der syrischen Botschaft gelagert worden seien, zum Zwecke «einer subversiven Tätigkeit, der Ermordung unschuldiger Personen und der Untergrabung der Sicherheit Iraks».

Als Antwort wies Syrien den Botschafter Iraks und 19 seiner Mitarbeiter am 21. August aus Damaskus aus. Es beschuldigte das irakische Baath-Regime unter Präsident Saddam Hussein, Angehörige der Muslim-Bruderschaft, die seit über einem Jahr Präsident Assad zu stürzen versuchen, unterstützt und ausgebildet zu haben.

Im Versuch, dieser Opposition Herr zu werden, haben die syrischen Behörden bisher nur Teilerfolge zu verzeichnen. Am 8. Juli boten sie jenen Mitgliedern der Muslim-Bruderschaft Straffreiheit an, die ihre Waffen aushändigten und sich öffentlich von der verbotenen Organisation distanzieren. Das war ein Entgegenkommen, da das Parlament zuvor ein Gesetz erlassen hatte, demzufolge die Mitgliedschaft mit dem Tod bestraft werden sollte: Das ursprünglich auf einen Monat befristete Angebot wurde erst noch um 20 Tage verlängert und lief am 27. August ab.

Gemäss Berichten der von der Regierung kontrollierten syrischen Presse sollen sich Muslim-Brüder gruppenweise in Aleppo, Homs, Idlib und der Küstenstadt Tartous im Norden ergeben haben. In dieser Stadt schloss am 1. August die erste Einheit der neuen Baath-Miliz zur Bekämpfung der Muslim-Bruderschaft ihre Ausbildung ab. Nur etwa 20 Angehörige haben in Hama, dem Zentrum der Organisation, ihre Mitglied-